



Herausgabe
Verlag und Druck: Stadt Frankenthal (Pfalz)
- Bereich Zentrale Dienste -
Rathausplatz 2-7
67227 Frankenthal (Pfalz)
www.frankenthal.de

Amtsblatt der Stadt Frankenthal (Pfalz) für öffentliche Bekanntmachungen

Nummer: 46/2020
Datum: 18.09.2020

Inhalt

Seite 323

- Bekanntmachung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
- Bekanntmachung der Sitzung des Stadtrechtsausschusses
- Bekanntmachung der Sitzung des Krankenhausausschusses
- Widmungsverfügung
- Satzung zur Erhebung von Einmalbeiträgen nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen für den Ausbau von Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragsatzung Einzelabrechnung)
- Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für den Ausbau öffentlicher Verkehrsanlagen (-AusbauwiederkehrbeitrS-)

Das Amtsblatt erscheint mindestens einmal wöchentlich und ist bei folgenden Einrichtungen der Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz) erhältlich: Bürgerservice im Rathaus, Lesecafé in der Stadtbücherei sowie in den Büros der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher. Weiterhin erscheint das Amtsblatt online auf www.frankenthal.de/amtsblatt.

BEKANNTMACHUNG

Am Dienstag, den 22.09.2020, 17:00 Uhr, findet im Konferenzzentrum 1 und 2 des CongressForums Frankenthal, Stephan-Cosacchi-Platz 5, 67227 Frankenthal (Pfalz), eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses statt. Den Inhalt der Bekanntmachung finden Sie auch unter "www.frankenthal.de".

Frankenthal (Pfalz), 17.09.2020
STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

Martin Hebich
Oberbürgermeister

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

1. Bewerbung um zwei Kassensitze und Gründung eines MVZ als Eigenbetrieb
 2. Geplantes Neubauprojekt von der ALDI SÜD Dienstleistungs-GmbH & Co. oHG mit angegliederter Kindertagesstätte in der Daniel-Bechtel-Straße
 3. Satzung der Stadt Frankenthal (Pfalz) über die Förderung der Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege
 4. Fortführung der Sucht- und Drogenberatungsstelle in Frankenthal durch die Stadtklinik Frankenthal
-

Öffentliche Sitzung des
STADTRECHTSAUSSCHUSSES BEI DER STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

am **23. September 2020**
in Frankenthal (Pfalz), Rathausplatz, **Sitzungssaal III**

Vorsitzende: Stadtoberverwaltungsrätin Frau Rita Costea-Roder (TOP 1)
Vorsitzende: Stadtverwaltungsdirektorin Frau Iris Koch (TOP 2)
Beisitzerin: Frau Susanne Caspers
Beisitzerin: Frau Elisabeth Boldt

TAGESORDNUNG

09:00 Uhr Staatsangehörigkeitsgesetz

10:30 Uhr Fahrzeug-Zulassungsverordnung

BEKANNTMACHUNG

Am Mittwoch, den 23.09.2020, 16:00 Uhr findet in der Konferenzraum 1 und 2 des CongressForums Frankenthal, Stephan-Cosacchi-Platz 5, 67227 Frankenthal (Pfalz), eine Sitzung des Krankenhausausschusses statt.

Frankenthal (Pfalz), 18.09.2020
STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

Martin Hebich
Oberbürgermeister

TagesordnungI. Nichtöffentliche Sitzung

Personalangelegenheiten

II. Öffentliche Sitzung

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung

15. Neubau Tagesklinik für Psychiatrie in Limburgerhof
hier: Vorstellung Machbarkeitsstudie
 16. Nachtragswirtschaftsplan 2020 der Stadtklinik Frankenthal
 17. Zwischenbericht zum 30.09.2020
hier: mündlicher Bericht
 18. Bewerbung um zwei oder mehrere Kassensitze und Gründung eines MVZ als
Eigenbetrieb
 19. Fortführung der Sucht- und Drogenberatungsstelle in Frankenthal durch die
Stadtklinik Frankenthal
 20. Ermächtigung und Beauftragung zum weiteren Vorgehen
Planung/Neubau einer Zentralküche an der Stadtklinik Frankenthal
 21. Bericht Sachstand Projekt Anbau Psychiatrie und Sanierung Haupthaus
 22. Konzept Schmerztherapie
hier: mündlicher Bericht
 23. Personalsituation in der Stadtklinik
hier: Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
 24. Bonuszahlungen für Mitglieder von Pflegeberufen
hier: Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen/Offene Liste
-

Widmungsverfügung

Die Stadt Frankenthal (Pfalz) widmet als Trägerin der Straßenbaulast nach § 36 Abs. 1 i. V. mit § 14 und § 15 Abs. 1 Landesstraßengesetz für Rheinland-Pfalz (LStrG) vom 01.08.1977 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.05.2018 (GVBl. S. 92), folgende Verkehrsflächen gemäß § 3 Nr. 3. a) Landesstraßengesetz als Gemeindestraßen für den uneingeschränkten öffentlichen Verkehr:

1. Gemarkung Eppstein

1.01 Am Floß

Flurstück-Nr. 2903

(im beigefügten Lageplan 1 umrandet und gekennzeichnet)

1.02 Asselheimer Straße

Flurstück-Nr. 350/24

(im beigefügten Lageplan 1 umrandet und gekennzeichnet)

1.03 Brucknerstraße

Flurstück-Nr. 260/7

(im beigefügten Lageplan 1 umrandet und gekennzeichnet)

1.04 Brunnengasse

Flurstück-Nr. 2853

(im beigefügten Lageplan 1 umrandet und gekennzeichnet)

1.05 Johann-Strauß-Straße

Flurstück-Nr. 268

(im beigefügten Lageplan 1 umrandet und gekennzeichnet)

1.06 Kallstadter Straße

Flurstück-Nr. 366/6

(im beigefügten Lageplan 1 umrandet und gekennzeichnet)

1.07 Keltenstraße

Flurstück-Nrn. 2720/23 und 2976/3

(im beigefügten Lageplan 1 umrandet und gekennzeichnet)

1.08 Ludwig-Wolker-Straße

Flurstück-Nr. 2889

(im beigefügten Lageplan 1 umrandet und gekennzeichnet)

1.09 Ungsteiner Straße

Flurstück-Nr. 390/56

(im beigefügten Lageplan 1 umrandet und gekennzeichnet)

2. Gemarkung Flomersheim

2.01 Immengärtenweg

Flurstück-Nr. 954/5

(im beigefügten Lageplan 2 umrandet und gekennzeichnet)

2.02 Haardtstraße

Flurstück-Nrn. 173/15, 1746/75 und 1746/82

(im beigefügten Lageplan 2 umrandet und gekennzeichnet)

2.03 Jahnstraße

Flurstück-Nrn. 935/1 und 1746/41

(im beigefügten Lageplan 2 umrandet und gekennzeichnet)

2.04 Johann-Kraus-Straße

Flurstück-Nr. 555/17

(im beigefügten Lageplan 3 umrandet und gekennzeichnet)

2.05 Marienweg

Flurstück-Nrn. 540/11 und 540/15

(im beigefügten Lageplan 3 umrandet und gekennzeichnet)

2.06 Rusdorfstraße

Flurstück-Nr. 531/1

(im beigefügten Lageplan 3 umrandet und gekennzeichnet)

3. Gemarkung Mörsch

3.01 Petersauer Weg

Flurstück-Nrn. 494/6, 561/7, 562/1, 562/3, 1208/2, 1209/3, 1209/4, 1212/3, 1222/2, 1222/8, 1222/11, 1346/4, 1347/2, 1348/1, 1349/3 und 1389/3

(im beigefügten Lageplan 4 umrandet und gekennzeichnet)

4. Gemarkung Studernheim

4.01 Anna-Maus-Straße

Flurstück-Nr. 2064

(im beigefügten Lageplan 5 umrandet und gekennzeichnet)

4.02 Georg-Garst-Straße

Flurstück-Nr. 2014

(im beigefügten Lageplan 5 umrandet und gekennzeichnet)

4.03 Jakob-Willenbacher-Straße

Flurstück-Nr. 2024

(im beigefügten Lageplan 5 umrandet und gekennzeichnet)

4.04 Jakobsweg

Flurstück-Nr. 2000

(im beigefügten Lageplan 5 umrandet und gekennzeichnet)

4.05 Mühlbergstraße

Flurstück-Nrn. 464/3, 467/7, 467/8, 467/9, 541/23 und 1501/2

(im beigefügten Lageplan 5 umrandet und gekennzeichnet)

4.06 Ruchheimer Weg

Flurstück-Nr. 1892

(im beigefügten Lageplan 5 umrandet und gekennzeichnet)

4.07 Rudi-Spitz-Straße

Flurstück-Nr. 2049

(im beigefügten Lageplan 5 umrandet und gekennzeichnet)

Nachfolgende verlaufende sonstigen Straßen und Plätze werden gemäß § 3 Nr. 3. b) aa) Landesstraßengesetz als selbständige Geh- und Radwege für den öffentlichen Verkehr gewidmet, mit der Beschränkung auf den Fußgänger- und Radverkehr:

5. Gemarkung Eppstein

5.01 Am Floß

Flurstück-Nr. 2910

(im beigefügten Lageplan 6 umrandet und gekennzeichnet)

5.02 Verdisträße

Flurstück-Nrn. 2958, 2966 und 2888

(im beigefügten Lageplan 6 umrandet und gekennzeichnet)

6. Gemarkung Flomersheim

5.03 Jacob-Osterspey-Straße

Flurstück-Nrn. 526/1 und 546/35

(im beigefügten Lageplan 7 umrandet und gekennzeichnet)

5.04 Johann-Kraus-Straße

Flurstück-Nr. 546/27

(im beigefügten Lageplan 7 umrandet und gekennzeichnet)

5.05 Lückstraße

Flurstück-Nr. 546/38

(im beigefügten Lageplan 7 umrandet und gekennzeichnet)

Hinweis:

Die Widmungsverfügung (Original) sowie der Stadtratsbeschluss vom 09.09.2020 mit den Lageplänen (Drucksache Nr. XVII/0450) werden an den Fenstern im Erdgeschoss des Rathauses im Neumayerring 72, 67227 Frankenthal (Pfalz) vom 21.09.2020 bis einschließlich 02.10.2020 zu jedermanns Einsicht ausgehängt. Die Widmungsverfügung gilt mit dem Tag, der auf den Tag des Endes der Auslegungsfrist folgt, als bekannt gegeben (§ 41 Abs. 4 Satz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz – VwVfG).

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz), beim Bereich Planen und Bauen, Neumayerring 72, 67227 Frankenthal, 1. Ebene, Zimmer 1.13 oder bei der Geschäftsstelle des Stadtrechtsausschusses, Karolinenstraße 3, 67227 Frankenthal, Zimmer 208, schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen und an die E-Mail-Adresse:

STV-Frankenthal@poststelle.rlp.de zu senden. Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet unter „www.frankenthal.de“ aufgeführt sind.

Frankenthal (Pfalz), 14.09.2020
STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

Martin Hebich
Oberbürgermeister



1. Gemarkung Eppstein

XVIII/0450 - Lageplan 1

 Stadt FRANKENTHAL (Pfalz)	Stadt Frankenthal (Pfalz) Kartenauszug	
	Maßstab	1:4200
	Stand	17.01.2020
	Bearbeiter	Fritz

DIN A3 (29,7 x 42,0)



2. Gemarkung Flomersheim



Stadt Frankenthal (Pfalz) Kartenauszug

Maßstab	1:3600
Stand	17.01.2020
Bearbeiter	Fritz

XVII/0450 - Lageplan 2

DIN A3 (29,7 x 42,0)



 <p>Stadt FRANKENTHAL (Pfalz)</p>	Stadt Frankenthal (Pfalz) Der Auszug kann vom aktuellen Stand des Liegenschaftskatasters abweichen!		
	Maßstab	1:3000	Stand

2. Gemarkung Flomersheim



 Stadt FRANKENTHAL (Pfalz)	Stadt Frankenthal (Pfalz)		
	Der Auszug kann vom aktuellen Stand des Liegenschaftskatasters abweichen!		
Maßstab	1:5200	Stand	17.01.2020

3. Gemarkung Mörsch



4. Gemarkung Studernheim

XVII/0450 - Lageplan 5

 Stadt FRANKENTHAL (Pfalz)	Stadt Frankenthal (Pfalz)	
	Kartenauszug	
	Maßstab	1:4000
	Stand	17.01.2020
Bearbeiter	Fritz	

DIN A3 (29,7 x 42,0)



 <p>Stadt FRANKENTHAL (Pfalz)</p>	<p>Stadt Frankenthal (Pfalz)</p> <p>Der Auszug kann vom aktuellen Stand des Liegenschaftskatasters abweichen!</p>	
	<p>Maßstab 1:1200</p>	<p>Stand 17.01.2020</p>

5. Gemarkung Eppstein



6. Gemarkung Flomersheim

 Stadt FRANKENTHAL (Pfalz)	Stadt Frankenthal (Pfalz) Kartenauszug	
	Maßstab	1:2400
	Stand	17.01.2020
Bearbeiter	Fritz	

XVII/0450 - Lageplan 7

DIN A3 (29,7 x 42,0)

S A T Z U N G
zur Erhebung von Einmalbeiträgen nach tatsächlichen
Investitionsaufwendungen für den Ausbau von Verkehrsanlagen
(Ausbaubeitragsatzung Einzelabrechnung)
vom 09.09.2020

Der Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz) hat auf Grund § 24 Gemeindeordnung (GemO) i. d. F. vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153/BS 2020-1), zuletzt geändert durch Artikel 37 des Gesetzes vom 19.12.2018 (GVBl. S. 448) sowie den §§ 2 Abs. 1, 7 und 10 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) i. d. F. vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175/BS 610-10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 472), folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird.

§ 1
Erhebung von Ausbaubeiträgen

- (1) Die Stadt Frankenthal erhebt einmalige Beiträge nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen für die Herstellung und den Ausbau von Verkehrsanlagen nach den Bestimmungen des KAG und dieser Satzung.
- (2) Ausbaubeiträge werden für alle Maßnahmen an Verkehrsanlagen, die der Erneuerung, der Erweiterung, dem Umbau oder der Verbesserung dienen, erhoben.
 1. „Erneuerung“ ist die Wiederherstellung einer vorhandenen, ganz oder teilweise unbrauchbaren, abgenutzten oder schadhafte Anlage in einen dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden Zustand.
 2. „Erweiterung“ ist jede flächenmäßige Vergrößerung einer fertiggestellten Anlage oder deren Ergänzung durch weitere Teile.
 3. „Umbau“ ist jede nachhaltige technische Veränderung an der Verkehrsanlage.
 4. „Verbesserung“ sind alle Maßnahmen zur Hebung der Funktion, der Änderung der Verkehrsbedeutung i. S. der Hervorhebung des Anliegervorteiles sowie der Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit einer Anlage.
- (3) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten auch für die Herstellung von Verkehrsanlagen, die nicht nach dem Baugesetzbuch (BauGB) beitragsfähig ist.
- (4) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten nicht, soweit Kostenerstattungsbeträge nach §§ 135 a) bis c) BauGB zu erheben sind.

- (5) Ausbaubeiträge nach dieser Satzung werden nicht erhoben, wenn die Kosten der Beitragserhebung außer Verhältnis zu dem zu erwartenden Beitragsaufkommen stehen.

§ 2

Beitragsfähige Verkehrsanlagen

- (1) Beitragsfähig ist der Aufwand für die öffentlichen Straßen, Wege und Plätze sowie selbstständige Parkflächen und Grünanlagen sowie für selbstständige Fuß- und Radwege.
- (2) Nicht beitragsfähig ist der Aufwand für Brückenbauwerke, Tunnels und Unterführungen mit den dazu gehörenden Rampen mit Ausnahme des Aufwands für Fahrbahndecke und Fußwegbelag.

§ 3

Ermittlungsgebiete

Der beitragsfähige Aufwand wird in den Abrechnungsgebieten 1 bis 8 (arabische Ziffern), wie sie sich aus dem als Anlage beigefügten Plan ergeben, für die einzelnen Verkehrsanlagen oder nach Beschluss des Stadtrates Frankenthal für bestimmte Abschnitte der Verkehrsanlage nach den tatsächlichen Investitionsaufwendungen ermittelt.

Abrechnungsgebiete:

- 1 Petersau
- 2 Im Spitzenbusch, BASF
- 3 Ormsheimer Hof
- 4 Studernheimer Weg
- 5 Am Römig
- 6 Donnersberg
- 7 Siebenpfeiffer
- 8 Freizeitanlage Süd, THW, Frigo Trans

§ 4

Gegenstand der Beitragspflicht

Der Beitragspflicht unterliegen alle baulich, gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise nutzbaren Grundstücke, die die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit der Zufahrt oder des Zugangs zu der hergestellten oder ausgebauten Verkehrsanlage haben.

§ 5

Gemeindeanteil

Der Gemeindeanteil wird im Einzelfall nach dem Verhältnis von Anliegerverkehr und Durchgangsverkehr auf der herzustellenden oder auszubauenden Verkehrsanlage durch Beschluss des Stadtrates Frankenthal festgesetzt.

§ 6 Beitragsmaßstab

(1) Maßstab ist die Grundstücksfläche mit Zuschlägen für Vollgeschosse im Sinne von § 2 Abs. 4 LBauO Rheinland-Pfalz. Der Zuschlag je Vollgeschoss beträgt 20 v. H.

(2) Als Grundstücksfläche nach Abs. 1 gilt:

1. In beplanten Gebieten die überplante Grundstücksfläche. Ist das Grundstück nur teilweise überplant und ist der unbeplante Grundstücksteil dem Innenbereich nach § 34 BauGB zuzuordnen, gilt als Grundstücksfläche die Fläche des Buchgrundstücks; Nr. 3 ist insoweit ggf. entsprechend anzuwenden.
2. Hat der Bebauungsplan den Verfahrensstand des § 33 BauGB erreicht, ist dieser maßgebend. Nr. 1 Satz 2 gilt entsprechend.
3. Liegen Grundstücke innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB), sind zu berücksichtigen.
 - a) bei Grundstücken, die an eine Verkehrsanlage angrenzen, die Fläche von dieser bis zu einer Tiefe von 40 m.
 - b) bei Grundstücken, die nicht an eine Verkehrsanlage angrenzen, mit dieser aber durch einen eigenen Weg oder durch einen Zugang verbunden sind (Hinterliegergrundstück), die Fläche von der zu der Verkehrsanlage hin liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von 40 m.
 - c) Grundstücke oder Grundstücksteile, die ausschließlich eine wegemäßige Verbindung darstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe nach a) und b) unberücksichtigt.
 - d) Sind die jenseits der nach a) und b) angeordneten Tiefenbegrenzungslinie liegenden Grundstücksteile aufgrund der Umgebungsbebauung baulich oder in ähnlicher Weise selbständig nutzbar (Hinterbebauung in zweiter Baureihe), wird die Fläche bis zu einer Tiefe von 80 m zugrunde gelegt.
Sind die hinteren Grundstücksteile nicht in diesem Sinne selbständig nutzbar und geht die tatsächliche bauliche, gewerbliche, industrielle oder ähnliche Nutzung der innerhalb der Tiefenbegrenzung liegenden

Grundstücksteile über die tiefenmäßige Begrenzung nach a) und b) hinaus, so verschiebt sich die Tiefenbegrenzungslinie zur hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung.

Wird ein Grundstück jenseits der in Satz 1 angeordneten erhöhten Tiefenbegrenzungslinie tatsächlich baulich, gewerblich, industriell oder ähnlich genutzt, so verschiebt sich die Tiefenbegrenzungslinie zur hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung.

4. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan die Nutzung als Sportplatz, Freibad, Festplatz, Campingplatz oder Friedhof festgesetzt ist, die Fläche des im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegenden Grundstückes oder Grundstücksteiles vervielfacht mit 0,5. Bei Grundstücken, die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden, die Fläche des Grundstücks – gegebenenfalls unter Berücksichtigung der nach Nr. 3 angeordneten Tiefenbegrenzung – vervielfacht mit 0,5.

(3) Für die Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 1 gilt:

1. Für beplante Grundstücke wird die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse zugrunde gelegt.
2. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan nicht die Zahl der Vollgeschosse, sondern nur eine Baumassenzahl festgesetzt ist, gilt die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl. Ist auch eine Baumassenzahl nicht festgesetzt, dafür aber die Höhe der baulichen Anlagen in Form der Trauf- oder Firsthöhe, so gilt die durch 2,6 geteilte höchstzulässige Trauf- oder Firsthöhe. Sind beide Höhen festgesetzt, so ist die höchstzulässige Traufhöhe der Berechnung zugrunde zu legen. Soweit der Bebauungsplan keine Festsetzungen trifft, gilt als Traufhöhe der Schnittpunkt der Außenseite der Dachhaut mit der seitlichen Außenwand. Die Höhe ist in der Gebäudemitte zu messen. Bruchzahlen werden auf volle Zahlen auf- oder abgerundet.
3. Hat ein Bebauungsplan den Verfahrensstand des § 33 BauGB erreicht, gelten Nr. 1 und 2 entsprechend.
4. Soweit kein Bebauungsplan besteht, gilt
 - a) bei bebauten Grundstücken die Höchstzahl der tatsächlich vorhandenen Vollgeschosse. Ist die Zahl der Vollgeschosse wegen der Besonderheit des Bauwerkes nicht feststellbar, gilt als Zahl der Vollgeschosse die Höhe des Bauwerkes gem. Nr. 5 geteilt durch 2,6. Bruchzahlen werden auf volle Zahlen auf- oder abgerundet. Sofern es sich dabei allerdings nur um eine untergeordnete bzw. unterwertige Bebauung handelt (z. B. Hühnerstall, kleiner Geräteschuppen etc. oder Einzelgarage auf großem Grundstück), ist das Maß der baulichen Nutz-

barkeit nach den folgenden Regelungen für unbebaute Grundstücke zu ermitteln,

- b) bei unbebauten aber bebaubaren Grundstücken aus der Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse,
 - c) bei Grundstücken, auf denen keine Bebauung zulässig ist, die aber gewerblich oder in vergleichbarer Weise genutzt werden können, wird ein Vollgeschoss zu Grunde gelegt,
 - d) bei Grundstücken, die mit einer Kirche bebaut sind, die Zahl von zwei Vollgeschossen. Dies gilt für Türme, die nicht Wohnzwecken, gewerblichen oder industriellen Zwecken oder einer freiberuflichen Nutzung dienen, entsprechend.
5. Ist nach den Nummern 1– 4 eine Vollgeschosshöhe nicht feststellbar, so ist die tatsächlich vorhandene Traufhöhe geteilt durch 2,6 anzusetzen, wobei Bruchzahlen auf ganze Zahlen auf- und abzurunden sind.
 6. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan eine sonstige Nutzung festgesetzt ist oder die außerhalb von Bebauungsplangebieten tatsächlich so genutzt werden (z. B. Sport-, Fest- und Campingplätze, Freibäder, Friedhöfe), wird bei vorhandener Bebauung die tatsächliche Zahl der Vollgeschosse angesetzt, in jedem Fall mindestens jedoch ein Vollgeschoss.
 7. Bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, gilt die festgesetzte Zahl der Geschosse oder, soweit keine Festsetzung erfolgt ist, die tatsächliche Zahl der Garagen- oder Stellplatzgeschosse, mindestens jedoch ein Vollgeschoss.
 8. Bei Grundstücken, die im Geltungsbereich von Satzungen nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen, werden zur Ermittlung der Beitragsflächen die Vorschriften entsprechend angewandt, wie sie bestehen für
 - a) Grundstücke in Bebauungsplangebieten, wenn in der Satzung Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß getroffen sind,
 - b) unbeplante Grundstücke, wenn die Satzung keine Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß enthält.
 9. Die Zahl der tatsächlich vorhandenen oder sich durch Umrechnung ergebenden Vollgeschosse gilt, wenn sie höher ist als die Zahl der Vollgeschosse nach den vorstehenden Regelungen.

10. Sind auf einem Grundstück mehrere Gebäude mit unterschiedlicher Zahl von Vollgeschossen zulässig oder vorhanden, gilt die bei der überwiegenden Baumasse vorhandene Zahl.

- (4) Für Grundstücke in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten wird die nach den vorstehenden Regelungen ermittelte und gewichtete Grundstücksfläche um 20 v. H. erhöht. Dies gilt entsprechend für ausschließlich gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzte Grundstücke in sonstigen Baugebieten. In sonstigen Baugebieten wird bei teilweise gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzten Grundstücken (gemischt genutzte Grundstücke) die nach den vorstehenden Regelungen ermittelte und gewichtete Grundstücksfläche um 10 v. H. erhöht. Liegt eine gewerbliche oder vergleichbare Nutzung ohne Bebauung oder zusätzlich zur Bebauung vor, so sind die tatsächlich entsprechend genutzten Grundstücksflächen jeweils der Geschossfläche hinzuzuzählen. Freiflächen, die sowohl für gewerbliche oder vergleichbare als auch für andere Zwecke genutzt werden (z. B. Kfz-Abstellplätze) als auch gärtnerisch oder ähnlich gestaltete Freiflächen und brachliegende Flächen, bleiben bei dem Flächenvergleich außer Ansatz.
- (5) Abs. 4 gilt nicht für die Abrechnung selbstständiger Grünanlagen.

§ 7

Eckgrundstücke und durchlaufende Grundstücke

- (1) Für Grundstücke, die zu zwei gleichartigen Verkehrsanlagen nach dieser Satzung Zufahrt oder Zugang nehmen können, wird die Grundstücksfläche bei der Ermittlung des Beitragssatzes und bei der Veranlagung mit 50 v. H. angesetzt, soweit beide Verkehrsanlagen voll in der Baulast der Stadt Frankenthal stehen. Stehen die beiden Verkehrsanlagen nicht voll in der Baulast der Stadt Frankenthal, wird die Vergünstigung nach Satz 1 nur für die in der Baulast der Stadt Frankenthal stehenden gleichartigen Teileinrichtungen der Verkehrsanlagen angesetzt. Dies gilt für Grundstücke, die zu einer Verkehrsanlage nach dieser Satzung Zufahrt oder Zugang nehmen können und zusätzlich durch eine gleichartige Erschließungsanlage erschlossen werden, für die Erschließungsbeiträge nach dem BauGB erhoben wurden oder zu erheben sind, entsprechend.
- (2) Für Grundstücke, die zu mehr als zwei gleichartigen Verkehrsanlagen nach dieser Satzung Zufahrt oder Zugang nehmen können, wird die Grundstücksfläche bei der Ermittlung des Beitragssatzes und bei der Beitragsveranlagung durch die Zahl dieser Verkehrsanlagen geteilt, soweit die Verkehrsanlagen voll in der Baulast der Stadt Frankenthal stehen. Stehen die Verkehrsanlagen nicht voll in der Baulast der Stadt Frankenthal, wird die Vergünstigung nach Satz 1 nur für die in der Baulast der Stadt Frankenthal stehenden gleichartigen Teileinrichtungen der Verkehrsanlagen angesetzt. Dies gilt für Grundstücke, die zu Verkehrsanlagen nach dieser Satzung Zufahrt oder Zugang nehmen können und zusätzlich durch gleichartige

Erschließungsanlagen erschlossen werden, für die Erschließungsbeiträge nach dem BauGB erhoben wurden oder zu erheben sind, entsprechend, soweit die Zahl der Verkehrs- und Erschließungsanlagen insgesamt zwei übersteigt.

- (3) Wird eine Tiefenbegrenzung nach § 6 Abs. 2 zu zwei oder mehreren Verkehrsanlagen angesetzt, gelten die Regelungen nach Abs. 1 und 2 nur für die sich überschneidenden Grundstücksteile.
- (4) Abs. 1 bis 3 gelten nicht für die von § 6 Abs. 4 Satz 1 und 2 erfassten Grundstücke.
- (5) Eine Ermäßigung nach den Absätzen 1 bis 4 ist nicht zu gewähren, wenn die Ermäßigung dazu führen würde, dass sich der Beitrag für die anderen Grundstücke im Abrechnungsgebiet um mehr als 50 % erhöht.

§ 8

Entstehung des Beitragsanspruches, Teilbeitrag

- (1) Der Beitragsanspruch entsteht mit dem Abschluss und der Abrechenbarkeit der Maßnahme, in den Fällen der Erhebung eines Teilbetrages nach Abs. 2 mit dem Abschluss und der Abrechenbarkeit der Teilmaßnahme. Eine Maßnahme oder Teilmaßnahme ist abgeschlossen, wenn sie tatsächlich und rechtlich beendet und der Gesamtaufwand oder Teilaufwand feststellbar ist.
- (2) Der Beitrag kann nach Beschlussfassung des Stadtrates Frankenthal für
 - 1. Grunderwerb
 - 2. Freilegung
 - 3. Fahrbahn
 - 4. Radwege
 - 5. Gehwege
 - 6. unselbstständige Parkflächen
 - 7. unselbstständige Grünanlagen
 - 8. Mischflächen
 - 9. Entwässerungseinrichtungen
 - 10. Beleuchtungseinrichtungen

gesondert als Teilbeitrag erhoben werden.

§ 9

Vorausleistungen

- (1) Ab Beginn einer Maßnahme können von der Stadt Frankenthal Vorausleistungen bis zur Höhe des voraussichtlichen endgültigen Beitrages erhoben werden.

- (2) Vorausleistungen können auch in mehreren Raten oder für Teilbeiträge nach § 8 Abs. 2 verlangt werden.

§ 10 Ablösung des Ausbaubeitrages

Vor Entstehung des Beitragsanspruches kann die Ablösung des Beitrages vereinbart werden. Der Ablösungsbetrag bemisst sich nach der voraussichtlichen Höhe des nach Maßgabe dieser Satzung zu ermittelnden Beitrags. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 11 Beitragsschuldner

- (1) Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer oder dinglich Nutzungsberechtigter des Grundstückes ist.
- (2) Mehrere Beitragsschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 12 Veranlagung und Fälligkeit

- (1) Die Beiträge und die Vorausleistungen darauf werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.
- (2) Der Beitragsbescheid enthält:
1. die Bezeichnung des Beitrages,
 2. den Namen des Beitragsschuldners,
 3. die Bezeichnung des Grundstückes,
 4. den zu zahlenden Betrag,
 5. die Berechnung des zu zahlenden Betrages unter Mitteilung der beitragsfähigen Kosten, des Gemeindeanteils und der Berechnungsgrundlagen nach dieser Satzung,
 6. die Festsetzung des Fälligkeitstermins,
 7. die Eröffnung, dass der Beitrag als öffentliche Last auf dem Grundstück ruht,
und
 8. eine Rechtsbehelfsbelehrung.

§ 13
Übergangsregelung

Bisher seit 2001 bis einschließlich 2013 geleistete wiederkehrende Beiträge sind unter Berücksichtigung der üblichen Nutzungsdauer der Verkehrsanlagen auf den nächsten, längstens jedoch auf einen bis 31.12.2020 entstehenden Beitrag anzurechnen.

§ 14
Öffentliche Last

Der Straßenausbaubeitrag liegt als öffentliche Last auf dem Grundstück.

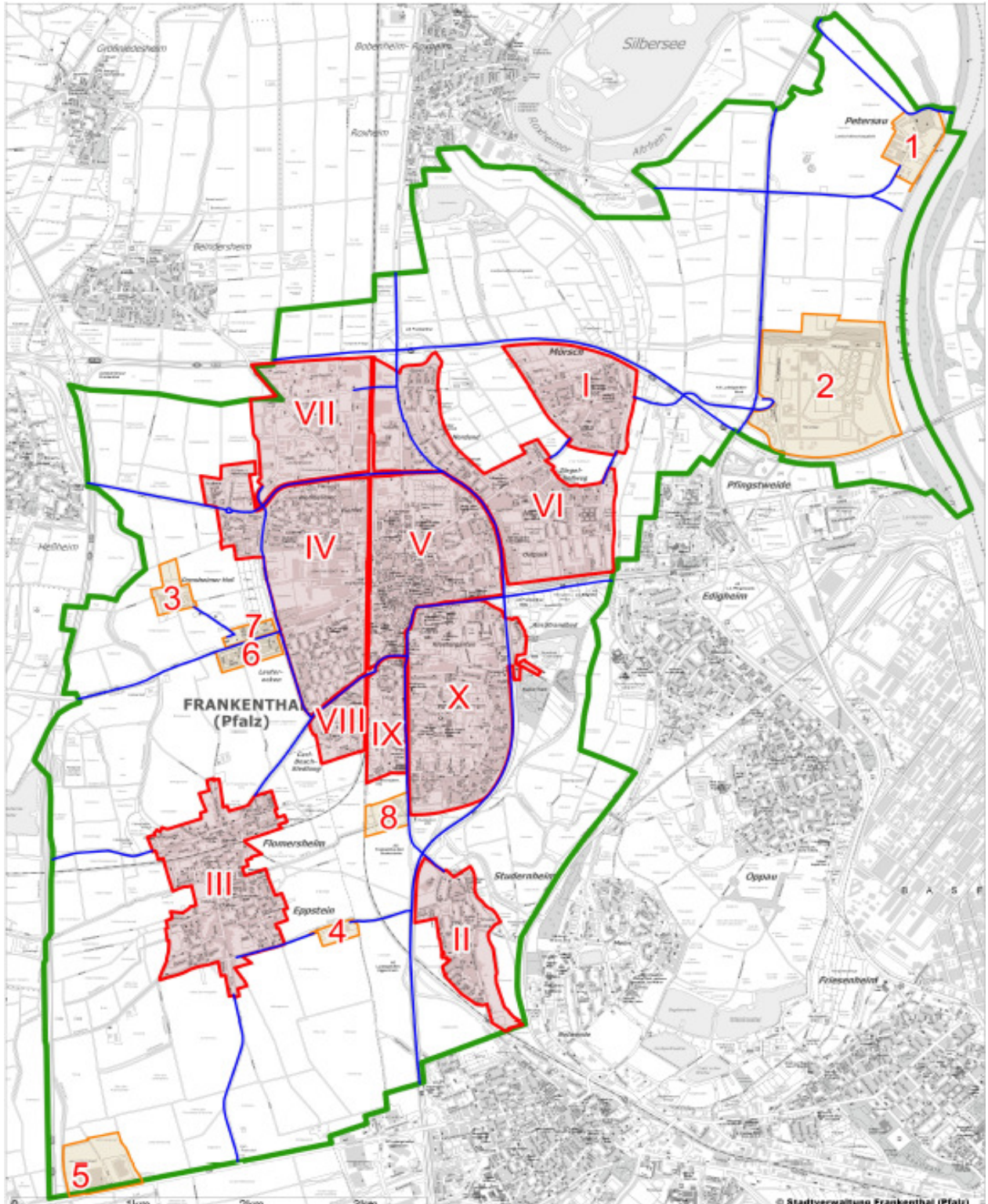
§ 15
In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2014 in Kraft.

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)
Frankenthal (Pfalz), den 09.09.2020

Martin Hebich
Oberbürgermeister

Anlage zu § 3 der Satzung über die Erhebung von Einmalbeiträgen nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen für den Ausbau von Verkehrsanlagen



Maßgeblich sind die Abrechnungsgebiete 1 bis 8 (arabische Ziffern). Die mit den römischen Ziffern I bis X gekennzeichneten Gebiete stellen Abrechnungseinheiten für wiederkehrende Straßenausbaubeiträge dar und sind nicht Gegenstand dieser Satzung.

Hinweis

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten gem. § 24 Abs. 6 GemO ein Jahr nach der öffentlichen Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der vorstehend genannten Jahresfrist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz) unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend macht.

Hat jemand eine Verletzung der o. g. Ziffer 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.

S A T Z U N G

über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für den Ausbau öffentlicher Verkehrsanlagen (-AusbauwiederkehrBeitrS-) vom 09.09.2020

Der Stadtrat der Stadt Frankenthal (Pfalz) hat auf Grund § 24 Gemeindeordnung (GemO) i. d. F. vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153/BS 2020-1), zuletzt geändert durch Artikel 37 des Gesetzes vom 19.12.2018 (GVBl. S. 448) sowie den §§ 2 Abs. 1, 7, 10 und 10a des Kommunalabgabengesetzes (KAG) i. d. F. vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175/BS 610-10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.12.2015 (GVBl. S. 472), folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird.

§ 1

Erhebung von Ausbaubeiträgen

- (1) Die Stadt Frankenthal erhebt wiederkehrende Beiträge für die Herstellung und den Ausbau von Verkehrsanlagen nach den Bestimmungen des KAG und dieser Satzung.
- (2) Ausbaubeiträge werden für alle Maßnahmen an Verkehrsanlagen, die der Erneuerung, der Erweiterung, dem Umbau oder der Verbesserung dienen, erhoben.

1. "Erneuerung" ist die Wiederherstellung einer vorhandenen, ganz oder teilweise unbrauchbaren, abgenutzten oder schadhaften Anlage in einen dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden Zustand.
 2. "Erweiterung" ist jede flächenmäßige Vergrößerung einer fertiggestellten Anlage oder deren Ergänzung durch weitere Teile.
 3. "Umbau" ist jede nachhaltige technische Veränderung an der Verkehrsanlage.
 4. "Verbesserung" sind alle Maßnahmen zur Hebung der Funktion, der Änderung der Verkehrsbedeutung i.S. der Hervorhebung des Anliegervorteiles sowie der Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit einer Anlage.
- (3) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten auch für die Herstellung von Verkehrsanlagen, die nicht nach dem Baugesetzbuch (BauGB) beitragsfähig ist.
- (4) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten nicht, soweit Kostenerstattungsbeträge nach §§ 135 a-c BauGB zu erheben sind.
- (5) Ausbaubeiträge nach dieser Satzung werden nicht erhoben, wenn die Kosten der Beitragserhebung außer Verhältnis zu dem zu erwartenden Beitragsaufkommen stehen.

§ 2

Beitragsfähige Verkehrsanlagen

- (1) Beitragsfähig ist der Aufwand für die öffentlichen Straßen, Wege und Plätze, selbstständige Parkflächen und Grünanlagen sowie für selbstständige Fuß- und Radwege.
- (2) Nicht beitragsfähig ist der Aufwand für Brückenbauwerke, Tunnels und Unterführungen mit den dazugehörigen Rampen, mit Ausnahme des Aufwands für Fahrbahndecke und Fußwegbelag.

§ 3

Ermittlungsgebiete

- (1) Sämtliche zum Anbau bestimmte Verkehrsanlagen folgender Gebiete, wie sie sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Plan ergeben, bilden jeweils einheitliche öffentliche Einrichtungen (Abrechnungseinheiten):

- | | |
|-------------------------|-----------------------|
| 1. Mörsch Ortslage | Abrechnungseinheit I |
| 2. Studernheim Ortslage | Abrechnungseinheit II |

3. Eppstein-Flomersheim Ortslage	Abrechnungseinheit III
4. Frankenthal West	Abrechnungseinheit IV
5. Frankenthal Mitte	Abrechnungseinheit V
6. Frankenthal Ost	Abrechnungseinheit VI
7. Frankenthal Nord	Abrechnungseinheit VII
8. FT-Carl-Bosch-Siedlung	Abrechnungseinheit VIII
9. Frankenthal Mitte-Süd	Abrechnungseinheit IX
10. Frankenthal Süd	Abrechnungseinheit X

Die Begründung für die Aufteilung des Stadtgebietes in mehrere Abrechnungseinheiten ist dieser Satzung als Anlage 2 beigelegt.

- (2) Der beitragsfähige Aufwand wird für die eine Abrechnungseinheit bildenden Verkehrsanlagen nach den jährlichen Investitionsaufwendungen in den Abrechnungseinheiten nach Abs. 1 ermittelt.

§ 4

Gegenstand der Beitragspflicht

Der Beitragspflicht unterliegen alle baulich, gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise nutzbaren Grundstücke, die die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit einer Zufahrt oder eines Zugangs zu einer in der Abrechnungseinheit gelegenen Verkehrsanlage haben.

§ 5

Gemeindeanteil

Der Gemeindeanteil beträgt

1. in der Abrechnungseinheit I	„Mörsch Ortslage“	25%
2. in der Abrechnungseinheit II	„Studernheim Ortslage“	25%
3. in der Abrechnungseinheit III	„Eppstein-Flomersheim Ortslage“	25%
4. in der Abrechnungseinheit IV	„Frankenthal West“	40%
5. in der Abrechnungseinheit V	„Frankenthal Mitte“	35%
6. in der Abrechnungseinheit VI	„Frankenthal Ost“	35%
7. in der Abrechnungseinheit VII	„Frankenthal Nord“	35%
8. in der Abrechnungseinheit VIII	„FT-Carl-Bosch-Siedlung“	20%
9. in der Abrechnungseinheit IX	„Frankenthal Mitte-Süd“	25%
10. in der Abrechnungseinheit X	„Frankenthal Süd“	35%

§ 6 Beitragsmaßstab

(1) Maßstab ist die Grundstücksfläche mit Zuschlägen für Vollgeschosse im Sinne von § 2 Abs. 4 LBauO Rheinland-Pfalz. Der Zuschlag je Vollgeschoss beträgt 20 v. H.

(2) Als Grundstücksfläche nach Abs. 1 gilt:

1. In beplanten Gebieten die überplante Grundstücksfläche. Ist das Grundstück nur teilweise überplant und ist der unbeplante Grundstücksteil dem Innenbereich nach § 34 BauGB zuzuordnen, gilt als Grundstücksfläche die Fläche des Buchgrundstücks; Nr. 2 ist ggf. entsprechend anzuwenden.
2. Hat der Bebauungsplan den Verfahrensstand des § 33 BauGB erreicht, ist dieser maßgebend. Nr. 1 Satz 2 gilt entsprechend. Liegen Grundstücke innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB), sind zu berücksichtigen:
 - a) bei Grundstücken, die an eine Verkehrsanlage angrenzen, die Fläche von dieser bis zu einer Tiefe von 40 m.
 - b) bei Grundstücken, die nicht an eine Verkehrsanlage angrenzen, mit dieser aber durch einen eigenen Weg oder durch einen Zugang verbunden sind (Hinterliegergrundstück), die Fläche von der zu der Verkehrsanlage hin liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von 40 m.
 - c) Grundstücksteile, die ausschließlich eine wegemäßige Verbindung darstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe nach a) und b) unberücksichtigt.
 - d) Sind die jenseits der nach a) und b) angeordneten Tiefenbegrenzungslinie liegenden Grundstücksteile aufgrund der Umgebungsbebauung baulich oder in ähnlicher Weise selbständig nutzbar (Hinterbebauung in zweiter Baureihe), wird die Fläche bis zu einer Tiefe von 80 m zugrunde gelegt. Sind die hinteren Grundstücksteile nicht in diesem Sinne selbständig nutzbar und geht die tatsächliche bauliche, gewerbliche, industrielle oder ähnliche Nutzung der innerhalb der Tiefenbegrenzung liegenden Grundstücksteile über die tiefenmäßige Begrenzung nach a) und b) hinaus, so verschiebt sich die Tiefenbegrenzungslinie zur hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung.
Wird ein Grundstück jenseits der in Satz 1 angeordneten erhöhten Tiefenbegrenzungslinie tatsächlich baulich, gewerblich, industriell oder ähnlich genutzt, so verschiebt sich die Tiefenbegrenzungslinie zur hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung.

3. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan die Nutzung als Sportplatz, Freibad, Festplatz, Campingplatz oder Friedhof festgesetzt ist, die Fläche des im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegenden Grundstückes oder Grundstücksteiles vervielfacht mit 0,5. Bei Grundstücken, die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden, die Fläche des Grundstückes – gegebenenfalls unter Berücksichtigung der nach Nr. 2 angeordneten Tiefenbegrenzung – vervielfacht mit 0,5.

(3) Für die Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 1 gilt:

1. Für beplante Grundstücke wird die im Bebauungsplan festgesetzte höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse zugrunde gelegt.
2. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan nicht die Zahl der Vollgeschosse, sondern eine Baumassenzahl festgesetzt ist, gilt die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl. Ist auch eine Baumassenzahl nicht festgesetzt, dafür aber die Höhe der baulichen Anlagen in Form der Trauf- oder Firsthöhe, so gilt die durch 2,6 geteilte höchstzulässige Trauf- oder Firsthöhe. Sind beide Höhen festgesetzt, so gilt die höchstzulässige Traufhöhe. Soweit der Bebauungsplan keine Festsetzungen trifft, gilt als Traufhöhe der Schnittpunkt der Außenseite der Dachhaut mit der seitlichen Außenwand. Die Höhe ist in der Gebäudemitte zu messen. Bruchzahlen werden auf volle Zahlen auf- oder abgerundet.
3. Hat ein Bebauungsplan den Verfahrensstand des § 33 BauGB erreicht, gelten Nr. 1 und 2 entsprechend.
4. Soweit kein Bebauungsplan besteht, gilt
 - a) die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse; ist ein Grundstück bereits bebaut und ist die dabei tatsächlich verwirklichte Vollgeschosshöhe höher als die in der näheren Umgebung, so ist die tatsächlich verwirklichte Vollgeschosshöhe zugrunde zu legen.
 - b) bei Grundstücken, die mit einer Kirche bebaut sind, die Zahl von zwei Vollgeschossen. Dies gilt für Türme, die nicht Wohnzwecken, gewerblichen oder industriellen Zwecken oder einer freiberuflichen Nutzung dienen, entsprechend.
5. Ist nach den Nummern 1 – 4 eine Vollgeschosshöhe nicht feststellbar, so ist die tatsächlich vorhandene Traufhöhe geteilt durch 2,6 anzusetzen, wobei Bruchzahlen auf ganze Zahlen auf- und abzurunden sind. Als Traufhöhe gilt der Schnittpunkt der Außenseite der Dachhaut mit der seitlichen Außenwand. Die Höhe ist in der Gebäudemitte zu messen.

6. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan eine sonstige Nutzung festgesetzt ist oder die außerhalb von Bebauungsplangebieten tatsächlich so genutzt werden (z. B. Sport-, Fest- und Campingplätze, Freibäder, Friedhöfe), wird bei vorhandener Bebauung die tatsächliche Zahl der Vollgeschosse angesetzt, in jedem Fall mindestens jedoch ein Vollgeschoss.
 7. Bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, gilt die festgesetzte Zahl der Geschosse oder, soweit keine Festsetzung erfolgt ist, die tatsächliche Zahl der Garagen- oder Stellplatzgeschosse, mindestens jedoch ein Vollgeschoss.
 8. Bei Grundstücken, die im Geltungsbereich von Satzungen nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen, werden zur Ermittlung der Beitragsflächen die Vorschriften entsprechend angewandt, wie sie bestehen für
 - a) Grundstücke in Bebauungsplangebieten, wenn in der Satzung Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß getroffen sind,
 - b) unbeplante Grundstücke, wenn die Satzung keine Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß enthält.
 9. Die Zahl der tatsächlich vorhandenen oder sich durch Umrechnung ergebenden Vollgeschosse gilt, wenn sie höher ist als die Zahl der Vollgeschosse nach den vorstehenden Regelungen.
 10. Sind auf einem Grundstück mehrere Gebäude mit unterschiedlicher Zahl von Vollgeschossen zulässig oder vorhanden, gilt die bei der überwiegenden Baumasse vorhandene Zahl.
- (4) Für Grundstücke in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten wird die nach den vorstehenden Regelungen ermittelte und gewichtete Grundstücksfläche um 20 v. H. erhöht. Dies gilt entsprechend für ausschließlich gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzte Grundstücke in sonstigen Baugebieten. In sonstigen Baugebieten erhöht sich die nach den vorstehenden Regelungen ermittelte und gewichtete Grundstücksfläche um 10 v. H. bei teilweise gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzten Grundstücken (gemischt genutzte Grundstücke). Liegt eine gewerbliche oder vergleichbare Nutzung ohne Bebauung oder zusätzlich zur Bebauung vor, so sind die tatsächlich entsprechend genutzten Grundstücksflächen jeweils der Geschossfläche hinzuzuzählen. Freiflächen, die sowohl für gewerbliche oder vergleichbare als auch für andere Zwecke genutzt werden (z. B. Kfz-Abstellplätze) als auch gärtnerisch oder ähnlich gestaltete Freiflächen und brachliegende Flächen, bleiben bei dem Flächenvergleich außer Ansatz.
- (5) Abs. 4 gilt nicht für die Abrechnung selbstständiger Grünanlagen.

§ 7 Eckgrundstücke und durchlaufende Grundstücke

- (1) Grundstücke, die sowohl von einer nach § 13 dieser Satzung verschonten Verkehrsanlage erschlossen sind als auch von einer oder mehreren weiteren Verkehrsanlage(n) der Abrechnungseinheit erschlossen sind, werden nur mit 50 % ihrer gewichteten Grundstücksfläche angesetzt.
- (2) Kommt für eine oder mehrere der Verkehrsanlagen nach Abs. 1 die Tiefenbegrenzung nach § 6 Abs. 2 dieser Satzung zur Anwendung, gilt die Regelung des Abs. 1 nur für die sich überschneidenden Grundstücksteile.

§ 8 Entstehung des Beitragsanspruches

Der Beitragsanspruch entsteht mit Ablauf des 31. Dezember für das abgelaufene Jahr.

§ 9 Vorausleistungen

- (1) Ab Beginn des Erhebungszeitraumes können von der Stadt Frankenthal (Pfalz) Vorausleistungen auf wiederkehrende Beiträge erhoben werden.
- (2) Die Vorausleistungen werden nach der voraussichtlichen Beitragshöhe für das laufende Jahr bemessen.

§ 10 Ablösung des Ausbaubeitrages

Die Ablösung wiederkehrender Beiträge kann jederzeit für einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren vereinbart werden. Der Ablösung wird unter Berücksichtigung der zu erwartenden Kostenentwicklung die abgezinste voraussichtliche Beitragsschuld zugrunde gelegt.

§ 11 Beitragsschuldner

- (1) Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer oder dinglich Nutzungsberechtigter des Grundstückes ist.
- (2) Mehrere Beitragsschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 12 Veranlagung und Fälligkeit

- (1) Die wiederkehrenden Beiträge und die Vorausleistungen darauf werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

(2) Der Beitragsbescheid enthält:

1. die Bezeichnung des Beitrages,
2. den Namen des Beitragsschuldners,
3. die Bezeichnung des Grundstückes,
4. den zu zahlenden Betrag,
5. die Berechnung des zu zahlenden Betrages unter Mitteilung der beitragsfähigen Kosten, des Gemeindeanteils und der Berechnungsgrundlagen nach dieser Satzung,
6. die Festsetzung des Fälligkeitstermins,
7. die Eröffnung, dass der Beitrag als öffentliche Last auf dem Grundstück ruht, und
8. eine Rechtsbehelfsbelehrung.

(3) Die Grundlagen für die Festsetzung wiederkehrender Beiträge können durch besonderen Bescheid (Feststellungsbescheid) festgestellt werden.

§ 13 Übergangsregelung

(1) Gemäß § 10a Abs. 5 KAG wird abweichend von § 10a Abs. 1 Satz 2 KAG, vorbehaltlich des § 7 Absätze 1 und 2 dieser Satzung, folgendes festgelegt. Für Grundstücke, in denen Erschließungsbeiträge, einmalige Ausbaubeiträge oder Kosten der erstmaligen Herstellung aufgrund von Verträgen zu leisten sind oder geleistet wurden, wird für einen an der üblichen Nutzungsdauer der Verkehrsanlagen und an dem Umfang der einmaligen Belastung orientierten Zeitraum von höchstens 20 Jahren seit der Entstehung des Beitragsanspruchs folgende Übergangsregelung getroffen.

Beitrag je m² beitragspflichtige Fläche	Verschonungsfrist in Jahren
bis 3,96 €	1
von 3,97 € bis 7,92 €	2
von 7,93 € bis 11,88 €	3
von 11,89 € bis 15,84 €	4
von 15,85 € bis 19,80 €	5
von 19,81 € bis 23,76 €	6
von 23,77 € bis 27,72 €	7
von 27,73 € bis 31,68 €	8
von 31,69 € bis 35,64 €	9
von 35,65 € bis 39,60 €	10
von 39,61 € bis 43,56 €	11
von 43,57 € bis 47,52 €	12
von 47,53 € bis 51,48 €	13
von 51,49 € bis 55,44 €	14
von 55,45 € bis 59,40 €	15
von 59,41 € bis 63,36 €	16
von 63,37 € bis 67,32 €	17
von 67,33 € bis 71,28 €	18

von 71,29 € bis 75,24 €	19
mehr als 75,25 €	20

(2) Die Schonfrist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem der Beitragsanspruch für die Erhebung von Erschließungsbeiträgen, Ausbaubeiträgen oder einer vertraglichen Leistung endgültig entstanden ist.

(3) Werden in einem förmlich festgelegten Sanierungsgebiet Ausgleichsbeträge nach dem BauGB erhoben, werden Grundstücke vorbehaltlich des § 7 Absätze 1 und 2 dieser Satzung erstmals nach 20 Jahren bei der Ermittlung des wiederkehrenden Beitrags berücksichtigt und beitragspflichtig. Die Verschonung beginnt zu dem Zeitpunkt, in dem Ausgleichsbeträge nach dem BauGB entstanden sind und der Betrag festgesetzt oder abgelöst wurde.

§ 14 Öffentliche Last

Der wiederkehrende Straßenausbaubeitrag liegt als öffentliche Last auf dem Grundstück.

§ 15 In-Kraft-Treten

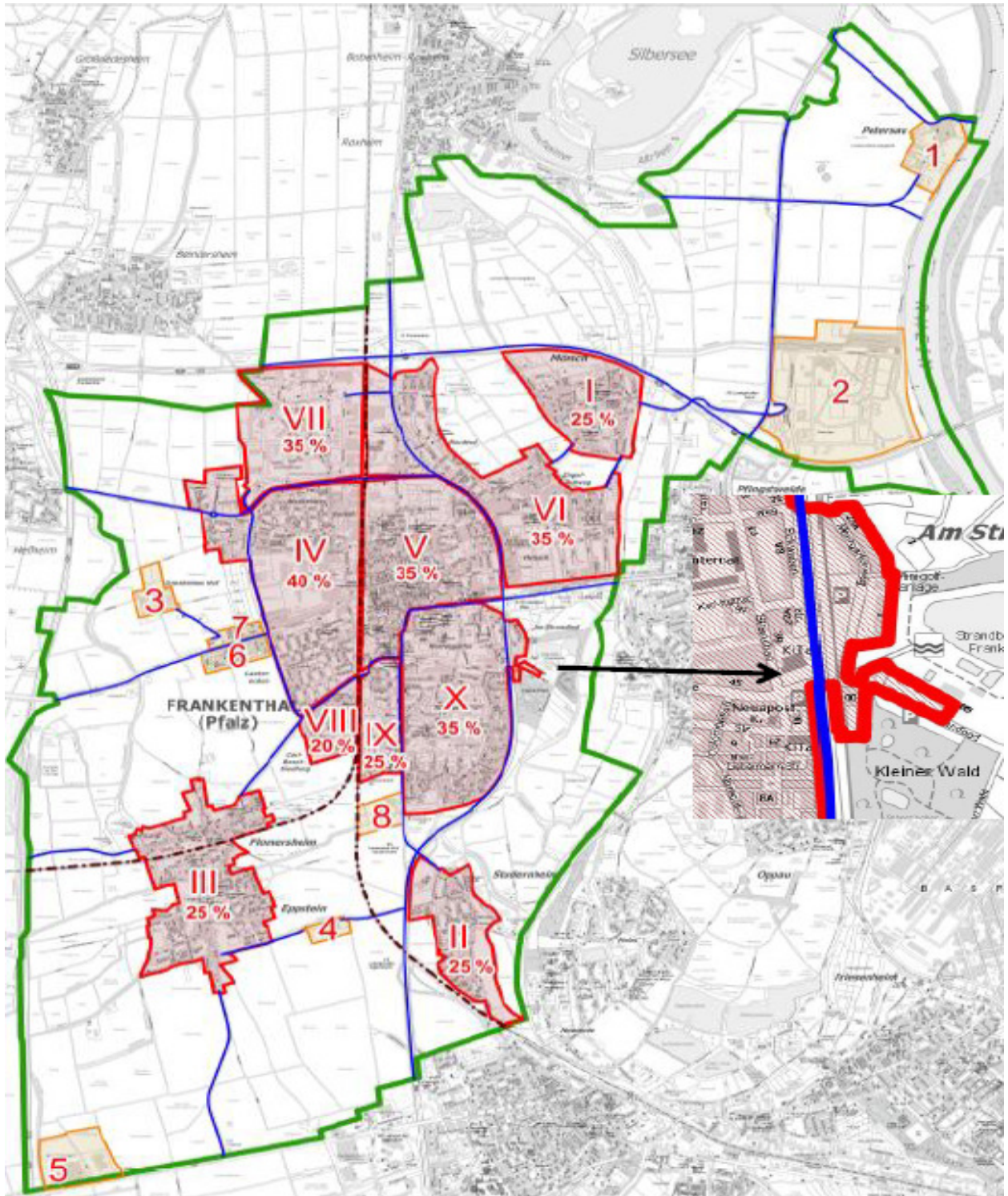
(1) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2014 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für den Ausbau öffentlicher Verkehrsanlagen vom 20.12.2007 außer Kraft.

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)
Frankenthal (Pfalz), den 09.09.2020

Martin Hebich
Oberbürgermeister

Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für den Ausbau öffentlicher Verkehrsanlagen (- AusbawiederkehrBeitrS -)



Maßgeblich sind die Abrechnungseinheiten I bis X (römische Ziffern). Prozentangaben dokumentieren den jeweiligen Gemeindeanteil in der Abrechnungseinheit. Die mit den arabischen Ziffern 1 bis 8 gekennzeichneten Flächen stellen Gebiete für einmalige Straßenausbaubeiträge dar und sind nicht Gegenstand dieser Satzung.

Anlage 2 zu § 3 Abs. 1 Ermittlungsgebiete gemäß § 10 a Abs. 1 S. 4 und 5 KAG

Begründung für die Aufteilung des Stadtgebietes in mehrere Abrechnungseinheiten

- I. Die **Abrechnungseinheit I** umfasst die Ortslage Mörsch. Als Ortsteil von Frankenthal liegt Mörsch vom Stadtgebiet mindestens 182 m Luftlinie entfernt und ist lediglich durch die Mörscher Straße als auch die Kreisstraße 2, welche im Innenbereich zum Anbau bestimmt sind, mit dem Stadtgebiet verbunden. Dem Stadtgebiet von Frankenthal schließt sich somit zunächst eine Außenbereichsfläche nach § 35 BauGB an, welcher nach der Rechtsprechung eine trennende Wirkung zukommt. So auch in den Entscheidungen des OVG Rheinland-Pfalz vom 10.12.2014, Az. 6 A 10853/14 und vom 24.02.2016, Az. 6 A 11031/15. Mörsch ist zudem im Norden durch die Autobahn A6 begrenzt und ansonsten von Außenbereichsflächen im Sinne des § 35 BauGB umgeben. Diese einheitliche öffentliche Einrichtung vermittelt den Grundstücken in diesem abgrenzbaren Gebiet einen potentiellen Gebrauchsvorteil, der sich als Lagevorteil auf den Gebrauchswert der Grundstücke durch die Möglichkeit der Nutzung der Verkehrsanlagen in diesem Gebiet auswirkt.

- II. Die **Abrechnungseinheit II** umfasst die Ortslage Studernheim. Studernheim ist ebenfalls ein Ortsteil von Frankenthal, welcher westlich seiner Ausdehnung durch die Bundesstraße 9 und die Bahnlinie Ludwigshafen - Frankenthal begrenzt ist, und ansonsten von landwirtschaftlich genutzten Außenbereichsflächen im Sinne des § 35 BauGB umgeben ist. Im nördlichen Bereich von Studernheim schließt sich zum Stadtgebiet von Frankenthal eine Außenbereichsfläche nach § 35 BauGB von mindestens 317 m an. Die Verbindung zum Stadtgebiet erfolgt primär durch die im Innenbereich beidseits zum Anbau bestimmte Frankenthaler Straße mit Brückenbauwerk (ehemalige K 4). Im westlichen Bereich des Ortsteils besteht eine Unterführung der Bundesstraße 9 zum Ortsteil Flomersheim/Eppstein mit nur einspuriger Verkehrsführung. Nach der Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz wird dies jedoch nicht als ausreichend erachtet, um als verbindendes Element zu wirken (OVG RP vom 23.11.2017, Az. 6 A 11200/16.OVG). Die Entfernung von der Unterführung zur nächsten Bebauung in westlicher Richtung beträgt mehr als 500 m. Insoweit ist für die Abrechnungseinheit II ein räumlicher Zusammenhang zum Stadtgebiet sowie zu anderen Abrechnungseinheiten nicht gegeben. Diese einheitliche öffentliche Einrichtung vermittelt den Grundstücken in diesem abgrenzbaren Gebiet einen potentiellen Gebrauchsvorteil, der sich als Lagevorteil auf den Gebrauchswert der Grundstücke durch die Möglichkeit der Nutzung der Verkehrsanlagen in diesem Gebiet auswirkt.

- III. Die **Abrechnungseinheit III** umfasst die Ortsteile Flomersheim und Eppstein. Diese grenzen allseits an Außenbereichsflächen im Sinne des § 35 BauGB. Im

nordöstlichen Bereich beträgt die Entfernung zum Stadtgebiet von Frankenthal ca. 500 m. Ein räumlicher Bebauungszusammenhang zum Stadtgebiet ist insoweit auch hier nach der Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz nicht gegeben. Zwischen den beiden Ortsteilen Flomersheim und Eppstein besteht mit der L 524 eine Verbindung über die Isenach im Innenbereich. Abgesehen davon, dass eine Brücke typischerweise ohne Anbaubestimmung ist, hat diese geringe Teilstrecke ersichtlich eine besonders ausgeprägte Verbindungsfunktion zwischen den bebauten Bereichen nördlich und südlich der Isenach (vgl. OVG Koblenz, Az. 6 A 11031/15.OVG, Urteil vom 24.02.2016). Zusätzlich befindet sich im nordöstlichen Teil von Eppstein eine Brücke für den fußläufigen Verkehr über die Isenach. Insoweit können diese Verkehrsbeziehungen als ausreichend verbindend betrachtet werden, da sich die beiden Ortsteile zur Isenach hin und der darüber verlaufenden L 524 verjüngen und typischerweise die nördlich der Isenach gelegenen zentralen Einrichtungen und Versorgungseinrichtungen (Kindergarten, Kirchen, Grundschule, Ärzte, Bahnhof, Sporthalle, Post, Banken, Lebensmittelmarkt, Apotheke, Banken, Freizeiteinrichtungen) sowie umgekehrt die südlich der Isenach gelegenen zentralen Einrichtungen und Versorgungseinrichtungen (Integrative Kindertagesstätte, Kirchen Grundschule, Ärztin, Metzgerei, Naturkostladen, Freizeiteinrichtungen) aufgesucht werden. Im maßgeblichen Bereich besteht insoweit ein regelmäßiger verbindender Fahrzeug- und Fußgängerverkehr in beiden Richtungen. Darüber hinaus kommt der im Ortsteil von Flomersheim in Ost-West-Richtung verlaufenden Bahnlinie ebenfalls keine trennende Wirkung zu, da diese eingleisig und im maßgeblichen Bereich bodengleich mit beidseitig verbindendem Fahrzeug- sowie Fußgängerverkehr über die Eppsteiner Str. sowie die Jahnstraße verläuft. Nördlich der Bahnlinie befinden sich zentrale Einrichtungen wie Postfiliale, Evangelische Kirche, Grundschule Flomersheim-Eppstein, Ärzte und Freizeiteinrichtungen, südlich davon Banken, Apotheke, Bäcker, Metzger, Kindergarten, Freizeiteinrichtungen sowie die Isenach-Sporthalle. Aufgrund dieser typischen Straßennutzung ist eine trennende Wirkung der Bahnlinie nicht erkennbar. Die einheitliche öffentliche Einrichtung „Eppstein-Flomersheim“ vermittelt den Grundstücken in diesem abgrenzbaren Gebiet einen potentiellen Gebrauchsvorteil, der sich als Lagevorteil auf den Gebrauchswert der Grundstücke durch die Möglichkeit der Nutzung der Verkehrsanlagen in diesem Gebiet auswirkt.

IV. Die Abrechnungseinheit IV „FT-West“ umfasst ein strukturiertes durchmischtes Gebiet mit Gewerbe-, Industrie- und Wohnbebauung und wird in ihrem nördlichen Teil durch den Nordring (L 453) bis hin zum Kreuzungsbereich mit der Carl-Benz-Str. begrenzt. Der Abschnitt mit der Stadtklinik, Ärztehaus, Apotheke, Lebensmittelmarkt und Gewerbeansiedlung nördlich der Heßheimer Str. (L 453) fügt sich in diese Abrechnungseinheit ein. Verkehrsbeziehungen mit verbindendem, beidseitigem Fahrzeug- und Fußgängerverkehr besteht insbesondere in die Wohngebiete an der ehem. Landwirtschaftsschule und dem Heßheimer Viertel und vollzieht sich dabei typischerweise über die teilweise einseitig angebaute Heßheimer Straße mit Kreisverkehr sowie der

Fußgängerunterführung als auch der Bedarfsampel am Westring. Eine vergleichbare Anbindung zum nördlich gelegenen gewerblich geprägten Gebiet (Unternehmenspark Nord, Industriestraße) besteht nicht. Nach Osten hin wird die Abrechnungseinheit durch die in Nord-Süd Richtung, dreigleisig verlaufende Bahnlinie Mainz-Ludwigshafen sowie Frankenthal-Grünstadt getrennt, welche auf einer Strecke von ca. drei Kilometern lediglich mit der Nordbrücke, der Eisenbahnstraße und der Hans-Kopp-Str. (L 522) Querungen von Kraftfahrzeugen zulässt, sowie zusätzlich einer Unterführung für den Fußgänger- und Fahrradverkehr in der Nähe des Hauptbahnhofes. Die relativ geringe Anzahl von Querungsmöglichkeiten vermag die Trennung des Gebietes westlich der Bahnlinie von dem östlich davon gelegenen Stadtgebiet nicht aufzuheben.

In ihrer westlichen Ausdehnung wird die Abrechnungseinheit durch den Westring begrenzt, allerdings vermag diese topographische Zäsur ab der Bedarfsampel in nördlicher Richtung zur Heßheimer Straße aufgrund der tatsächlichen typischen Straßennutzung keine trennende Wirkung zu entfalten.

So besteht zwischen dem Heßheimer Viertel, dem Wohnviertel an der „ehem. Landwirtschaftsschule“ und dem Areal um die Stadtklinik ein nicht unerheblicher Austausch durch wechselseitige Inanspruchnahme zentraler Einrichtungen (Kindertagesstätten Haydnstraße und Fontanesistraße, Erkenbert Grundschule, Stadtklinik, Ärztehaus, Apotheke, Lebensmittelmärkte, Sparkasse, Bäckerei), welcher sich sowohl über die Heßheimer Straße, Haydnstraße, Franz-Xaver-Richter-Straße und Johann-Stamitz-Straße als auch an der Bedarfsampel über den Westring vollzieht.

Das gewerblich genutzte Gebiet um KSB und KBA (Koenig und Bauer) – auch „Gewerbegebiet West“ – sowie das Wohnviertel Lauterecken mit zentralen Einrichtungen wie der Berufsbildenden Andreas-Albert Schule und der Kindertagesstätte Lutherkirche zwischen der Bahnlinie im Osten und dem Westring im Westen fügen sich ebenfalls in diese Abrechnungseinheit, die im Süden durch die Flomersheimer Straße (L 522) begrenzt wird, ein. Diese einheitliche öffentliche Einrichtung vermittelt den Grundstücken in diesem abgrenzbaren Gebiet einen potentiellen Gebrauchsvorteil, der sich als Lagevorteil auf den Gebrauchswert der Grundstücke durch die Möglichkeit der Nutzung der Verkehrsanlagen in diesem Gebiet auswirkt.

- V. Die Abrechnungseinheit V „FT-Mitte“** fasst im Wesentlichen den Innenstadtbereich östlich der Bahnlinie, die auch die westliche Grenze bildet, als einheitliche öffentliche Einrichtung von Anbaustraßen mit einer Vielzahl zentraler Einrichtungen zusammen. Im Norden wird diese Abrechnungseinheit durch den teilweise einseitig zum Anbau bestimmten Nordring (L 453) begrenzt. Nach Osten hin wird die Abrechnungseinheit durch den nicht zum Anbau bestimmten Ostring (L 523) begrenzt, welcher bis zur südlich gelegenen Anschlussstelle Frankenthal Mitte auf die B 9 verläuft. Ihre südliche Begrenzung erfährt diese Abrechnungseinheit durch Grenzziehung entlang der Fahrbahnmitte der L522 (Europaring) von der Anschlussstelle „Frankenthal Mitte“ bis zur Hans-Kopp-Straße auf Höhe der Bahnlinie. Bei klassifizierten

Straßen die nicht in der Straßenbaulast der Gemeinde stehen ist es möglich zur Grenzziehung von Abrechnungseinheiten die Trennung in der Mitte der Fahrbahn festzulegen (OVG Koblenz, Az. 6 A 11120-17 vom 28.05.2018). Auch diese einheitliche öffentliche Einrichtung vermittelt den Grundstücken in diesem abgrenzbaren Gebiet einen potentiellen Gebrauchsvorteil, der sich als Lagevorteil auf den Gebrauchswert der Grundstücke durch die Möglichkeit der Nutzung der Verkehrsanlagen in diesem Gebiet auswirkt.

VI. Die Abrechnungseinheit VI „FT-Ost“ ist Teil des Stadtgebietes und verläuft mit ihrer westlichen Grenze zunächst entlang der Bahnlinie zwischen Autobahn A6 und dem Nordring, um dann dem Nordring in östlicher Richtung und dem Ostring in südlicher Richtung bis zur Anschlussstelle Frankenthal Mitte (L 523) zu folgen. Im Norden wird die Abrechnungseinheit durch die Autobahn A6 und die Anschlussstelle Frankenthal begrenzt, im Süden ab der Anschlussstelle Frankenthal-Mitte durch die in Richtung Osten verlaufende B 9 nach Ludwigshafen. Die östliche Grenze der Abrechnungseinheit verläuft kontinuierlich entlang der umgebenden Außenbereichsflächen im Sinne des § 35 BauGB bis zur südlich der Abrechnungseinheit verlaufenden B 9. Ein räumlicher Zusammenhang der Bebauung mit dem Ortsteil Mörsch besteht nicht.

Eine auf den ersten Blick vermutete trennende Wirkung von Wormser Straße und Berliner Straße besteht aufgrund tatsächlicher typischer Straßennutzung nicht. Diese einheitliche öffentliche Einrichtung vermittelt den Grundstücken in diesem abgrenzbaren Gebiet einen potentiellen Gebrauchsvorteil, der sich als Lagevorteil auf den Gebrauchswert der Grundstücke durch die Möglichkeit der Nutzung der Verkehrsanlagen in diesem Gebiet auswirkt.

VII. Die Abrechnungseinheit VII „FT-Nord“ stellt sich im Wesentlichen als gewerblich geprägtes Gebiet mit vereinzelter Wohnbebauung dar und erstreckt sich nördlich des Nordrings (L 453). Nach Norden hin wird diese Abrechnungseinheit begrenzt durch die Autobahn A 6. Ihre östliche Begrenzung erfährt die Abrechnungseinheit durch die in Nord-Süd Richtung, dreigleisig verlaufende Bahnlinie Mainz-Ludwigshafen sowie Frankenthal-Grünstadt. Der Verlauf des Nordrings in westlicher Richtung ab der Überquerung der Bahnstrecke bis zur Kreuzung Carl-Benz-Straße/Heßheimer Straße/Westring stellt dabei gleichzeitig auch die südliche Grenze dieser Abrechnungseinheit dar. Ihre westliche Begrenzung findet die Abrechnungseinheit ausgehend von diesem Kreuzungsbereich entlang der Grün- und Außenbereichsflächen westlich der Carl-Benz-Straße und der sich nach Norden hin erstreckenden Gewerbebebauung sowie entlang der an die Kreisstraße 5 angrenzenden Außenbereichsflächen im Sinne des § 35 BauGB. Auch diese einheitliche öffentliche Einrichtung vermittelt den Grundstücken in den beschriebenen Grenzen einen potentiellen Gebrauchsvorteil, der sich als Lagevorteil auf den Gebrauchswert der Grundstücke durch die Möglichkeit der Nutzung der Verkehrsanlagen in diesem Gebiet auswirkt.

VIII. Die Abrechnungseinheit VIII „FT-Carl-Bosch-Siedlung“ ist eine nahezu geschlossene Wohnanlage und wird im Norden durch die sich als topographische Zäsur mit trennender Wirkung erweisende Flomersheimer Straße (L 522) begrenzt, sowie nach Osten hin durch die in Nord-Süd Richtung verlaufende, dreigleisige Bahnlinie Mainz-Ludwigshafen bzw. Frankenthal-Grünstadt. Im Westen und Süden ist diese Abrechnungseinheit ansonsten von Außenbereichsflächen im Sinne des § 35 BauGB umgeben. Diese Abrechnungseinheit als einheitliche öffentliche Einrichtung von Anbausträßen vermittelt den Grundstücken im abgrenzbaren Gebiet einen potentiellen Gebrauchsvorteil, der sich als Lagevorteil auf den Gebrauchswert der Grundstücke durch die Möglichkeit der Nutzung der Verkehrsanlagen in diesem Gebiet auswirkt.

IX. Die Abrechnungseinheit IX, „FT-Mitte-Süd“ wird im Norden durch die Hans-Kopp-Straße, im Westen durch die in Nord-Süd Richtung verlaufende, dreigleisige Bahnlinie Mainz-Ludwigshafen bzw. Frankenthal-Grünstadt und nach Süden hin durch die angrenzenden Außenbereichsflächen im Sinne des § 35 BauGB begrenzt. Im Osten verläuft die Grenze entlang der in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Mahlastraße, wobei die parallel verlaufende Anliegerstraße-Mahlastraße noch in dieser Abrechnungseinheit liegt. In diesen Grenzen vermittelt die Abrechnungseinheit den Grundstücken einen potentiellen Gebrauchsvorteil, der sich als Lagevorteil auf den Gebrauchswert der Grundstücke durch die Möglichkeit der Nutzung der Verkehrsanlagen in diesem Gebiet auswirkt.

X. Die Abrechnungseinheit X, „FT-Süd“ wird nach Norden hin durch den Europaring (L 522) begrenzt. Dieser begrenzt die Abrechnungseinheit in seinem südlichen Verlauf auch nach Westen hin bis in den Kreuzungsbereich Neumayerring/Mahlastraße. Der Verlauf der Mahlastraße (L 522) bis zur Kreuzung Hans-Kopp-Straße/Frankenstraße ist weitere Begrenzung nach Westen zur Abrechnungseinheit V. Von dort ab bildet die Mahlastraße mit ihrer Westseite auch die westliche Grenze bis zur Querung über die Isenach im Süden. Nach Süden hin erfolgt die Abgrenzung durch die in West-Ost-Richtung verlaufende Isenach bis zur Querung der Bundesstraße 9. Von dort ab bis zur Anschlussstelle Frankenthal-Mitte bildet die B9 mit einer Ausnahme die östliche Grenze der Abrechnungseinheit. Der östlich der B 9 über zwei großzügig dimensionierte Unterführungen mit uneingeschränktem Begegnungsverkehr zu erreichende Meergartenweg mit der sich dort anschließenden Wohnbebauung sowie der Tennisanlagen am „Am Strandbad“ ist der Abrechnungseinheit zuzurechnen. Die Abrechnungseinheit Frankenthal Süd vermittelt den Grundstücken im abgrenzbaren Gebiet einen potentiellen Gebrauchsvorteil, der sich als Lagevorteil auf den Gebrauchswert der Grundstücke durch die Möglichkeit der Nutzung der Verkehrsanlagen in diesem Gebiet auswirkt.

Hinweis

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten gem. § 24 Abs. 6 GemO ein Jahr nach der öffentlichen Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

3. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
4. vor Ablauf der vorstehend genannten Jahresfrist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz) unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend macht.

Hat jemand eine Verletzung der o. g. Ziffer 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.
